



Foto: Laurence Chagnon

ANGELA MERKEL:

Alle Einkünfte **gleich-** **mäßig** besteuern

Eine Steuerreform, die „den Namen verdient“, hat die Parteivorsitzende Angela Merkel auf einer Pressekonferenz nach der konstituierenden Sitzung von Präsidium und Bundesvorstand am 8. Mai in Berlin gefordert.

Die Menschen in Deutschland seien im vergangenen

Jahr in einem unerträglichen Maß mit Steuern und Abgaben belastet worden. Das müsse sich ändern. Deshalb sei die Union zu Steuergesprächen mit der Bundesregierung bereit, werde einer Reform aber nur dann zustimmen, wenn alle privaten und betrieblichen
Fortsetzung Seite 3

INHALT

INTERNET

Initiative für eine deutsche Internet-Politik. Beschluss des Bundesvorstands vom 8. Mai
SEITE 7

SOZIALDEMOKRATEN

Generalsekretär Ruprecht Polenz: Will sich die SPD arm rechnen?
SEITE 10

SAARLAND

Donum Vitae in Homburg: Antworten auf häufig gestellte Fragen zur Schwangerschaftsberatung
SEITE 16

**GENERALSEKRETÄR
RUPRECHT POLENZ:
WEHRSTRUKTURKOMMISSION
GEFÄHRDET STABILE
STREITKRÄFTE**

Seite 6

Mit dem Rücken an der Wand steht wieder einmal Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping. Wenn man seine Ankündigungen ernst nimmt, will er den Umfang der Bundeswehr nur geringfügig verkleinern und die Wehrpflicht erhalten. Ganz anders die Wehrpflichtgegner Trittin und Fischer, und auch Eichels Spardiktat steht dem entgegen. Die CDU lehnt die jetzt von der Wehrstrukturkommission vorgeschlagene Senkung der Streitkräfte auf 240.000 und die Reduzierung der Wehrpflichtigenzahl auf 30.000 Mann entschieden ab. „Insgesamt“, so der Vorsitzende des Bundeswehrverbands, Oberst Bernhard Gertz, „sind die Kommissionsempfehlungen völlig unzureichend.“

**BUNDESVORSTAND
BESCHLIEßT INITIATIVE
FÜR EINE DEUTSCHE
INTERNETPOLITIK**

Seite 7

Bereits im Wahlkampffahr wird das Internet eine Schlüsselrolle spielen und das interaktive Element gegenüber dem reinen Informationsangebot an Bedeutung gewinnen. Noch im Herbst diesen Jahres wird deshalb Generalsekretär Ruprecht Polenz den Kreisvorsitzenden einen Strategieentwurf für das Projekt „Die vernetzte Partei“ vorstellen und damit so früh wie möglich die Vorbereitungen für den nächsten Bundestagswahlkampf beginnen.

**DONUM VITAE IN HOMBURG.
ANTWORTEN AUF HÄUFIG
GESTELLTE FRAGEN
ZUR SCHWANGERSCHAFTS-
BERATUNG**

Seite 16

Ganz und gar den gesetzlichen Vorgaben des Schwangerschaftskonfliktgesetzes entspricht das Beratungskonzept von Donum Vitae. Die erste Beratungsstelle, die jetzt in Homburg eröffnet worden ist, hat deshalb bundesweit Modellcharakter und übernimmt fast nahtlos die wichtigen Aufgaben, die früher von Caritas-Beratungsstellen erfüllt worden sind. Die Förderung der Homburger Donum Vitae-Beratungsstelle wird nach den Verwaltungsvorschriften des Schwangerschaftskonfliktgesetzes vorgenommen.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 50000), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Fortsetzung von Seite 1
Einkünfte gleichmäßig be-
steuert werden.

Die jetzigen Regierungsvorschläge seien alles andere als arbeitnehmerfreundlich. Der Spitzensteuersatz werde bereits bei Einkünften unter 100.000 Mark erreicht. Das heißt: Bei Lohnsteigerungen von zwei oder zweieinhalb Prozent würden in wenigen Jahren viele Arbeitnehmer unter diese Höchstbesteuerung fallen.

Deshalb müssen, wie es in dem Bundesvorstandsbeschluss „für eine mittelstands- und arbeitnehmerfreundliche Steuerreform“ (Wortlaut: Seite 5) heißt, die Einkommensgrenzen für den Eingangssteuersatz regelmäßig angepasst werden.

Pläne über eine Anhebung der Erbschaftssteuer sowie der Steuer auf Grundbesitz und Wohneigentum lehnte die Parteivorsitzende nachdrücklich ab.

■ Bundeswehr

„Einen Schlag ins Gesicht des Bundesverteidigungsministers“ nannte Angela Merkel die bekannt gewordenen Pläne zur Strukturreform der Bundeswehr. Nur noch 30.000 Wehrpflichtige sollen danach eingesetzt werden, während Scharping noch von einer

„moderaten Reform“ gesprochen und SPD-Fraktionsvorsitzender Struck sich zur Beibehaltung der Wehrpflicht bekannt habe.

Entweder sei dem Verteidigungsminister der Einfluss auf die Arbeit der Kommission verloren gegangen, oder Struck sage nicht die Wahrheit.

Angela Merkel: „Die CDU setzt sich dagegen klar und eindeutig für die Beibehaltung der Wehrpflicht ein.“

■ Gesundheitsreform

„Ihre völlige Hilflosigkeit“ zeige Gesundheitsministerin Andrea Fischer mit dem Angebot, die Union an Gesprächen über eine Gesundheitsreform zu beteiligen. Aus der „Sackgasse“, in die sich die Ministerin „manövriert“ habe, führe – so die Parteivorsitzende – nur eine Vorlage überzeugender Konzepte heraus. Die Union werde die Rentengespräche als Testfall dafür heranziehen, ob die Regierung überhaupt zur Erarbeitung langfristiger Konzepte bereit sei.

■ Internet

Als neuen CDU-Sprecher im Bereich Internet hat Angela Merkel den Unternehmer Thomas Heilmann vorgestellt. Zusammen mit Generalsekretär Ruprecht

ZUR PERSON

Prof. Thomas Heilmann, Jahrgang 1964, Gründer und geschäftsführender Gesellschafter von Scholz & Friends Berlin.

Während seines Studiums der Rechtswissenschaften arbeitete Thomas Heilmann als freier Journalist für die FAZ, Tagesthemen u.a. In München machte er sein zweites Staatsexamen. Er startete bei der Unternehmensberatung McKinsey & Company und wechselte in die Marketing-Abteilung der Luft hansa nach New York. Er ist Mitgründer von Aperto Multimedia GmbH, ampere AG, Market Lab AG sowie der Econa AG. Er lehrt an der Berliner Hochschule der Künste als Gastprofessor audiovisuelle Kommunikation und Kommunikationsplanung und ist Sprecher der Medienunternehmen in der IHK Berlin.



Polenz soll er eine Kommission leiten, die für die CDU ein deutsches Internet-Entwicklungsprogramm erarbeiten wird. (Wortlaut des

Bundesvorstandsbeschlusses „Initiative für eine deutsche Internetpolitik“: Seite 7-9)

Das Internet ist ein Wachstumsmarkt, der die Gesellschaft erheblich verändert. Deshalb seien auch hier Gesamtkonzepte gefragt und keine „Schnellschüsse“, mit denen sich der Bundeskanzler begnügt.

Angela Merkel: „Während die Bundesregierung Schaum schlägt, hat sich der Anteil der Ausgaben für Bildung und Forschung unter Rot-Grün verringert.“ Damit werde Deutschland nicht zur Weltspitze aufschließen.

Thomas Heilmann kündigte an, dass er das Thema Internet „sehr grundsätzlich und sehr praktisch angehen“ und in die Kommission neben Parteifunktionären auch Fachleute berufen werde, die keine Parteimitglieder sind.

Thomas Heilmann: „Die entscheidende Frage der nächsten fünf bis zehn Jahre ist, ob Deutschland weiterhin im Mittelfeld mitspielt - wie jetzt - oder künftig mit Israel, Finnland und den USA an der Spitze stehen wird.“

■ 8. Mai

Mit einem Hinweis auf die Eröffnung der Ausstellung „Juden in Berlin 1938 bis 1945“ erinnerte die Par-

NORBERT HAUSER:

Höhere Mehrwertsteuer würde Arbeitsplätze kosten

Zu den Plänen des Bundesfinanzministers, Beiträge zur Altersvorsorge freizustellen und dies durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu finanzieren, erklärte der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Berufe der MIT, Norbert Hauser:

Die MIT tritt ebenfalls dafür ein, zur Stärkung der privaten Altersvorsorge Beiträge zur Altersvorsorge von der Besteuerung auszunehmen. Allerdings darf dies nicht durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden.

Wer über eine Mehrwertsteuererhöhung nachdenkt, sollte sich klarmachen, was dies beispielsweise für das Handwerk mit seinen über 850.000 Betrieben und rund 6 Millionen

Beschäftigten bedeutet. Eichels Vorschlag zeigt einmal mehr, dass Rot-Grün zu keinen wirklichen Entlastungen von Steuern und Abgaben bereit ist. Die minimalen Entlastungen auf der einen Seite, werden sofort wieder durch zusätzliche Belastungen auf der anderen Seite kassiert. Die Bundesregierung hat offensichtlich immer noch nicht verstanden, dass gerade diese zu hohen Belastungen der arbeitenden Menschen mit Steuern und Abgaben zum Anstieg von Arbeitslosigkeit und Schwarzarbeit geführt haben.

Wer diese Belastungen beispielsweise durch eine Mehrwertsteuererhöhung noch verstärkt, nimmt den Verlust weiterer Arbeitsplätze in Kauf.

teivorsitzende daran, dass vor 55 Jahren der Zweite Weltkrieg zuende gegangen sei. Für die CDU bedeute der 8. Mai: „Wir können die Zukunft nur in der Verantwortung unserer Vergangenheit gegenüber gestalten.“

UD

■ **Personalie:** Dr. Thomas Raabe wird zum 1. Juni als Nachfolger von Walter Bajohr neuer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Raabe war von 1996 bis 1998 Sprecher des Berliner Innensenators Schönbohm.

BESCHLUSS DES BUNDESVORSTANDS VOM 8. MAI

Für eine mittelstands- und arbeitnehmerfreundliche Steuerreform

Nur eine gleichmäßige Besteuerung aller privaten und betrieblichen Einkünfte führt zu gerechter Entlastung, wirtschaftlichem Wachstum, mehr Beschäftigung und weniger Bürokratie und ist deshalb zwingend geboten.

■ Deutschland braucht dringend eine grundlegende Reform des Einkommen- und Körperschaftsteuerrechts, um seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, den konjunkturellen Aufschwung zu unterstützen und die Grundlage für mehr Beschäftigung zu schaffen. Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hatte dafür bereits 1997 im Bundestag ein Gesetz beschlossen, das von der SPD über den Bundesrat blockiert wurde. Die Zeit drängt für die rot-grüne Bundesregierung, endlich die Weichen richtig zu stellen. Wir erwarten, dass die Bundesregierung im laufenden Gesetzgebungsverfahren in Bundestag und Bundesrat die berechtigten Einwände der Wirtschaft und Wissenschaft gegen ihre Pläne

berücksichtigt. Die Union will eine Steuerreform, die ihren Namen auch verdient.

■ Alle privaten und betrieblichen Einkünfte müssen gleichmäßig besteuert werden. Wir lehnen die künstliche Unterscheidung zwischen Unternehmen und Anteilseignern bei der Besteuerung ebenso ab wie die einseitige Bevorzugung des nicht ausgeschütteten Gewinns. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU-geführten Bundesländer werden der Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung daher nur zustimmen, wenn der bewährte, wirtschaftspolitisch richtige und ordnungspolitisch gebotene Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung aller Einkunftsarten gewahrt bleibt.

■ Die Steuerreform muss mittelstands- und arbeitnehmerfreundlich und mit einer deutlichen Nettoentlastung für Betriebe und Arbeitnehmer verbunden sein. Dieses Ziel wird nur erreicht, wenn die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer für alle Steuerpflichtigen durchgehend abgesenkt wird. Deshalb wollen wir den Einkom-

mensteuertarif auf 15 % (Eingangssteuersatz oberhalb des Existenzminimums) bis 35 % (Spitzensteuersatz bei rund 110.000 DM) und die Körperschaftsteuer auf 30 % (Thesaurierungssatz) bzw. 25 % (Ausschüttungssatz) senken. Mit diesen Steuersätzen werden alle Einkommensbezieher und alle Unternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform gleichmäßig entlastet. Komplizierte Hilfskonstruktionen wie das „Optionsmodell“ und die Anrechnung der Gewerbesteuer bei Einzelkaufleuten und Personengesellschaften auf die Einkommensteuer werden damit überflüssig.

■ Die Nettoentlastung der einkommensteuerpflichtigen Unternehmen und natürlichen Personen muss dauerhaft sein. Deshalb schlagen wir eine regelmäßige Anpassung der Einkommensgrenzen für den Eingangssteuersatz, den Tarifverlauf und den Spitzensteuersatz in Höhe der durchschnittlichen Lohn- und Gehaltsanpassung vor. Nur so kann vermieden werden, dass in Zukunft immer mehr steuer-

Wehrstrukturkommission gefährdet stabile Streitkräfte

Die bekannt gewordenen Vorschläge der Wehrstrukturkommission gefährden die Wehrpflicht und damit die Stabilität der Bundeswehr.

Die CDU Deutschlands lehnt die von der Wehrstrukturkommission vorgeschlagene Senkung des Streitkräfteumfangs auf 240.000 Mann und die Reduzierung der Zahl der Wehrpflichtigen auf 30.000 Mann ab. Die Empfehlungen stehen im Widerspruch zu Scharpings Ankündigungen, den Umfang der Bundeswehr nur moderat zu reduzieren und eine glaubwürdige Wehrpflicht zu erhalten.

Durch diese Reduzierungen würde die Glaubwürdigkeit der Wehrpflicht beschädigt. Die Wehrgerechtigkeit wäre nicht mehr gewahrt, wenn von einem durchschnittlichen Geburtsjahrgang von rund

400.000 jungen Männern nur noch 30.000 einberufen würden. Die Bundeswehr könnte ihre NATO-Bündnisverpflichtungen nicht mehr in vollem Umfang erfüllen, weil die Aufwuchsfähigkeit im Krisenfall nicht mehr voll gewährleistet wäre.

Einmal mehr zeigt sich: Der Verteidigungsminister steht gegen Eichels Spardiktat und gegen die Wehrpflichtgegner Trittin und Fischer mit dem Rücken zur Wand.

**INSGESAM
UNZUREICHEND**

Der Vorsitzende des Bundeswehr Verbands, Oberst Bernhard Gertz, hat die Vorschläge der Weizsäcker-Kommission zur Reform der Bundeswehr scharf kritisiert.

„Der von der Kommission vorgeschlagene Weg ist kein Schritt in die richtige Richtung, sondern leider ein ziem-

lich großer in die völlig falsche.“ Das Konzept greife in der Analyse zur Sicherheitspolitik zu kurz. Wer Risikovorsorge im Wesentlichen auf die Fähigkeit zur Krisenreaktion reduziere und auf die Aufwuchsfähigkeit der Armee für den Verteidigungsfall verzichte, vernachlässige wesentliche Teile der sicherheitspolitischen Risikostruktur.

Die Reduzierung der Anzahl der Wehrpflichtigen von 130.000 auf 30.000 Mann sei verfassungsrechtlich nicht haltbar und politisch-praktisch nicht umsetzbar. „Es besteht weiterhin die Notwendigkeit der Risikovorsorge mit der allgemeinen Wehrpflicht“, sagte Gertz.

Insgesamt bezeichnete der Bundesvorsitzende die bekannt gewordenen Empfehlungen als „völlig unzureichend“.

pflichtige Arbeitnehmer und Unternehmen in die Steuerprogression hineinwachsen.

■ Die CDU lehnt alle Bestrebungen ab, die Steuern auf

Grundbesitz und Wohneigentum zu erhöhen. Wir sind strikt gegen eine Erhöhung der Erbschaftssteuer, weil sie das generationsübergreifende Den-

ken in unserem Lande unterminiert.

<http://>

www.cdu.de/infonet

BESCHLUSS DES BUNDESVORSTANDS VOM 8. MAI

Initiative für eine deutsche Internet-Politik

■ Der Übergang zur globalen Wissensgesellschaft ist eine tiefgreifende Veränderung der Lebensverhältnisse der Menschen. Das Internet ist zugleich eine zentrale Plattform, ein starker Motor und ein wichtiges Symbol dieser Entwicklung. Allein Unternehmen im Bereich des Internet bieten heute in den USA 2,3 Millionen Arbeitsplätze, 1998 waren es erst 1,6 Millionen. Im Jahre 1999 hat die Informationswirtschaft erstmals die Automobilindustrie im weltweiten Umsatz überholt.

Der Wettbewerb von Unternehmen, Wirtschaftsräumen und Nationen um Wohlstand und Zukunftschancen wird damit wesentlich bei der Nutzung des Internet entschieden.

■ Deutschland hat gute Voraussetzungen, um in diesem Wettbewerb zu bestehen. Die Qualifikation der Menschen, ihre Lernfähigkeit und ihr Fleiß werden mit der Wissensgesellschaft wichtiger denn je. Hier hat unser Land traditionelle Stärken. Die Menschen sind offen für neue Kommunikationstechnologien. Heute nutzen etwa 16

Millionen Menschen zwischen 14 und 69 Jahren in Deutschland das World Wide Web. In ca. 21 % der privaten Haushalte ist eine Nutzungsmöglichkeit vorhanden. Die Reichweite des Internet beträgt in großen Städten weit über 40 % und in jüngeren Altersgruppen etwa 50 %. Mit dem Informations- und Kommunikationsdienstegesetz, den neuen Ausbildungsberufen im IT-Bereich, dem Hochgeschwindigkeitsnetz für die deutsche Forschung und dem Projekt „Schulen ans Netz“ hat die CDU in der Regierungsverantwortung gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft dieser Dynamik neue Entfaltungschancen verschafft.

■ Das Tempo der internetgestützten Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft hat in letzter Zeit weiter zugenommen und eine neue Qualität erreicht. Die Bereiche Mobilkommunikation, Digitalfernsehen und Internet wachsen zusammen. Hier haben europäische Staaten spezifische Stärken. Dies ist eine große Chance, zu den USA aufzu-

schließen. Dafür muss auch die Politik schneller und globaler agieren. Deshalb begrüßt die CDU, dass die Europäische Kommission die Zielsetzung eines „e-Europe“ auf die Agenda der EU gesetzt hat.

■ Die europäische Bestandsaufnahme zeigt auch, dass Deutschland Nachholbedarf hat. Die Internet-Nutzung liegt unter dem europäischen Durchschnitt. Die skandinavischen Staaten, aber auch Großbritannien und die Niederlande sind deutlich weiter. Nach Einschätzung von Fachleuten beträgt unser Rückstand 3 - 4 Jahre. Die Kosten der Online-Nutzung sind in unserem Land noch zu hoch. Die Menschen sind nicht von einer ausreichenden technischen und rechtlichen Sicherheit der Internet-Nutzung überzeugt. Das Bildungswesen steht auf allen Ebenen noch vor der Aufgabe, die neuen Technologien voll zu integrieren. Die öffentliche Verwaltung nimmt nur vereinzelt ihre Vorreiterrolle bei der Anwendung des Internet in der Kommunikation mit den Bürgern

wahr. Die Bedingungen für Existenzgründer im IT-Bereich müssen weiter verbessert werden. Deutschland muss sich an den Besten in Europa messen, um diese Hemmnisse zu überwinden.

■ Als Mitläufer wird unser Land das Internet-Zeitalter nicht bestehen. Deshalb muss Deutschland eine strategische Antwort auf die Herausforderung Internet finden. Wir brauchen eine große nationale Anstrengung. Mit der Initiative D21 der deutschen Informationswirtschaft steht für die deutsche Politik ein starker Partner bereit. Jetzt muss auch die Politik ihre Kräfte bündeln. Eine deutsche Internet-Politik gibt es bislang nicht. Sie setzt eine Zusammenführung der wirtschafts- und finanzpolitischen, der bildungs- und forschungspolitischen, der kultur- und medienpolitischen Aspekte voraus. Weder die Bundesregierung noch eine der politischen Parteien in Deutschland kann bislang für sich in Anspruch nehmen, dies geleistet zu haben. Dieser Zustand muss überwunden werden.

Unser Ziel ist, die großen Wachstums- und Freiheitspotentiale dieses Mediums zu erschließen und dabei faire Chancen für alle Menschen zu realisieren. Dabei darf

Mitten im Leben

TAGESTHEMA ■ WOCHENTHEMA ■ FORUM ■ PRESSE ■ POLITIK A-Z ■ BUNDESTAGSFRAKTION

Mittwoch, der 10. Mai 2000 14:46:01 Uhr

TICKER
AKTUELL

Putin schlägt Kasjanow als neuen Regierungschef vor
BGA: Außenhandelsboom durch Turbo-Effekt des Euro
USA verlegen Patrouillenboot in Gewässer vor Sierra Leone
Dieppen legt Grundstein für Akademie-Neubau am Pariser Platz
Zeitung: Rechnungsprüfer rügen Erziehungsgeld-Reform
Neue Gewalt in Süd-Libanon: Hisbollah-Angriffe auf Posten Israels

projekt:21

NEUE IDEEN FÜR DEUTSCHLANDS ZUKUNFT

Ruprecht Polenz:
Will sich die SPD arm rechnen?

Zu den Medienberichten über die Finanzpraxis der SPD im Zusammenhang mit Gewinnen aus Unternehmensbeteiligungen erklärte der Generalsekretär der CDU Deutschlands, **Ruprecht Polenz**, am 9. Mai in Berlin:

LIVE CHAT
mit **Thomas Heilmann**
Internet-Sprecher der
CDU Deutschlands
Mi, 10.05.2000,
13.30-14.30 Uhr



TERMINE
Angela Merkel
im NRW-Landtagswahlkampf
Do, 13.05.

[UNTER LINK](#)
[MITMACHEN](#)
[TERMINE](#)
[LINKS](#)
[SHOP](#)
[GRÜNDTERN](#)
[ENGLISH](#)
[EMAIL](#)

keine Zeit verloren werden. Die CDU Deutschlands will dazu einen Impuls geben.

Deshalb hat der Bundesvorstand heute Herrn Thomas Heilmann zum Internet-Sprecher der CDU Deutschlands berufen. Er soll auf der Grundlage seiner Erfahrungen in der Internet-Wirtschaft gemeinsam mit Generalsekretär Ruprecht Polenz eine Kommission leiten, die ein deutsches Internet-Entwicklungs-Programm erarbeitet und dem Bundesvorstand vorlegt. Dabei soll der Sachverstand in Bund und Ländern, in Medienwirtschaft und Wissenschaft einbezogen und internationale Experten beteiligt werden. Der Bundesvorstand lädt alle Interessenten, vor allem

die Gemeinde der Internet-Nutzer, ein, auch im Netz auf einer speziellen Website an der Meinungsbildung zur Zukunft der Kommunikation in Deutschland mitzuwirken.

Der Bundesvorstand hat Herrn Heilmann und Generalsekretär Polenz außerdem gebeten, die bisherigen Vorschläge zur Steuerreform kurzfristig mit der Internet-Wirtschaft, insbesondere mit Unternehmensgründern aus diesem Bereich, zu diskutieren und Schlussfolgerungen zu formulieren.

Die GreenCard-Initiative des Bundeskanzlers ist kein Zeichen des Aufbruchs, sondern der Ohnmacht. Jedes Gesamtkonzept zur Qualifizierung unseres Lan-

des im internationalen Wettbewerb fehlt. Deshalb hat der Bundesvorstand die Stellvertretende Parteivorsitzende, Frau Schavan, und Herrn Heilmann beauftragt, mit der IT-Wirtschaft und Vertretern des Forschungs- und Bildungsbereichs konkrete Maßnahmen für eine neue Partnerschaft von Bildung, Forschung und Wirtschaft in diesem Bereich vorzuschlagen. Sie sollen dem Kleinen Parteitag der CDU zur Bildungspolitik im Herbst dieses Jahres vorgelegt werden.

■ Der CDU-Bundesvorstand fordert die Bundesregierung auf, zwei Sofortmassnahmen zu ergreifen, die elementare Voraussetzungen für eine Internet-Öffnung in Deutschland sind:

Stopp der Haushaltskürzungen bei Bildung und Forschung. Die SPD hatte vor der Wahl 1998 eine Verdoppelung des Bildungs- und Forschungshaushalts von 15 auf 30 Milliarden DM versprochen. Die rot-grüne Bundesregierung hat dieses Versprechen nach der Wahl zurückgenommen und stattdessen eine zusätzliche Milliarde DM jährlich zugesagt. In Wirklichkeit verzeichnet der Bildungs- und Forschungshaushalt 1999 ein Plus von gerade 2 Millionen DM und im Jahr

2000 sogar ein Minus von 338 Millionen gegenüber dem letzten Haushalt der CDU-geführten Bundesregierung. Der Anteil der Bildungs- und Forschungsausgaben am Bundeshaushalt ist von 3,1 % in 1998 auf 3,0 % in 2000 gesunken. Wichtige Programme wie z.B. das Meister-BAföG oder die Förderung von Existenzgründungen im Multimediabereich wurden massiv zusammengestrichen. Und in den Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2001 droht eine weitere Kürzung von 500 Millionen DM. Diese Politik muss sofort gestoppt werden. Sie ist nicht nur eine besonders dreiste Form von Wählerbetrug, sondern auch das Gegenteil von zukunftsorientierter Politik.

Bündelung von Zuständigkeiten. Die Verantwortlichkeiten für Internet-Fragen in der Bundesregierung sind unklar und zersplittert: Zwischen Wirtschaftsminister, Bildungs- und Forschungsministerin, Medienstaatsminister. Staatsminister Naumann hat bislang nicht das geringste Interesse für Fragen der neuen Medien gezeigt. Wir fordern den Bundeskanzler auf, dies neu zu ordnen und für einen zentralen Ansprechpartner in der Bundesregierung zu sorgen.

■ Das Internet bietet neue Chancen für die interne und externe Kommunikation der politischen Parteien. Die Mitglieder können auf allen Ebenen direkter und schneller in die Meinungsbildung einbezogen werden. Das Internet ist auch eine Plattform, um Nicht-Mitglieder in breiter Form an der Diskussion zu beteiligen und ihren Sachverstand zu nutzen. Neue Formen elektronischer Kampagnen entstehen und verbreiten sich rasch. Bereits im Wahlkampf 2002 wird das Internet eine Schlüsselrolle spielen. Dabei werden die interaktiven Elemente gegenüber dem reinen Informationsangebot an Bedeutung gewinnen.

Die CDU hat als eine der ersten politischen Parteien in Deutschland 1995 eine eigene Homepage im Internet eingerichtet. Sie ist heute mit weitem Abstand das meist genutzte Angebot einer Partei im Netz. Unseren Vorsprung in der elektronischen Kommunikation wollen wir halten und ausbauen. Generalsekretär Ruprecht Polenz wird deshalb der Kreisvorsitzendenkonferenz der CDU im Herbst dieses Jahres einen Strategieentwurf für das Projekt „Die vernetzte Partei“ vorstellen.

http://

www.cdu.de/infonet

Will sich die SPD arm rechnen?

Jüngste Medienberichte geben konkrete Anhaltspunkte dafür, dass die SPD gegen das verfassungsgerechtl. vorgeschriebene Transparenzgebot politischer Parteien verstoßen hat. Die SPD legt es offensichtlich darauf an, sich gegenüber der Öffentlichkeit arm zu rechnen.

Vor allem die Tatsache, dass die SPD einen illusionär niedrigen Buchwert ihres tatsächlichen Vermögens aus Unternehmensbeteiligungen angibt, ist eine klare Verletzung des grundgesetzlichen Transparenzgebotes. Die SPD verletzt dadurch aber auch das Informationsinteresse der Öffentlichkeit, die einen Anspruch darauf hat, zu wissen, wie vermögend eine Partei tatsächlich ist und welche Mittel sie zur Durchführung politischer Kampagnen hat.

Finanzmacht offen legen

Die SPD - insbesondere der Vorsitzende, Bundeskanzler Schröder, der ehemalige Vorsitzende Lafontaine, Generalsekretär Mün-

tefering sowie Schatzmeisterin Wettig-Danielmeier - sind deshalb aufgefordert, die tatsächliche Finanzmacht der SPD so schnell wie möglich offenzulegen.

Bundestagspräsident Thierse darf an die Prüfung von Parteifinanz nicht zweierlei Maß anlegen.

Folgende Fragen stehen u.a. im Raum und müssen beantwortet werden:

Die tatsächlich ausgeschütteten Gewinne aus den SPD-Medienbeteiligungen in Höhe von 18,43 Mio. DM sind nicht im SPD-Rechnenschaftsbericht des Jahres 1998 ausgewiesen worden, sondern lediglich 2,4 Mio. DM. Wie verträgt sich diese Praxis mit dem Gebot des Grundgesetzes, wonach die Parteien „über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben“ müssen?

Die SPD verfügt als einzige Partei in Deutschland über ein beachtliches Vermögen, das von Experten auf 3 Milliarden DM (!) geschätzt wird. Wie steht es mit

der Bilanzklarheit, wenn der Wert der SPD-Medienbeteiligungen, den Experten auf mindestens 500 Mio. DM schätzen, auf einen Buchwert von 17,8 Mio. DM in der offiziellen Bilanz verkümmert?

Welche Erträge hat die SPD aus den Unternehmensbeteiligungen tatsächlich erzielt? Für was sind diese Gelder verwendet worden? Sind die Gelder direkt in die Kasse für den SPD-Bundestagswahlkampf 1998 geflossen?

Entspricht es tatsächlich den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buchführung, wenn Gewinne aus partei-eigenen Unternehmen mit anderen Verbindlichkeiten einfach verrechnet werden?

Hoher Anspruch in Sachen Transparenz

Die SPD hat in den vergangenen Monat einen hohen Anspruch in Sachen Transparenz bei der Offenlegung von Einnahmen, Ausgaben und ihres Vermögens reklamiert. Die Beantwortung der offenen Fragen sind ein Lackmus-Test dafür, wie ernst dies gemeint war. **UD**

GÜNTER NOOKE:

Aprilzahlen für **Arbeitsmarkt Ost** unverändert schlecht

Erneut zeigt sich deutlich, die Schere auf dem Arbeitsmarkt geht immer weiter auseinander: Der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland entwickelt sich immer katastrophaler. Saisonbereinigt haben allein im April 2000 wieder 6.000 Menschen in Ostdeutschland ihren Arbeitsplatz verloren. Die Arbeitslosenquote liegt wie vor einem Jahr bei schlechten 17,8% gegenüber 7,9% im Westen.

Ich fordere Gerhard Schröder auf, mit der Chefsache Aufbau Ost endlich ein-

mal ernst zuzumachen und den Menschen in den neuen Ländern zu helfen, die bislang von dieser Bundesregierung allein gelassen worden sind.

Nicht auf das falsche Konto buchen

Den Rückgang der Arbeitslosenzahlen unter die Vier-Millionen-Marke in den neuen und alten Bundesländern dürfe die Bundesregierung nicht auf ihr Konto buchen. Matthias Wissmann und Hans-Peter Replik führen die

Besserung der Arbeitsmarktlage vorrangig auf die demographische Entwicklung und auf die exportfördernde Wirkung der Euroschwäche zurück. Außerdem seien die Auswirkungen des wirtschaftlichen Aufschwungs auf den Arbeitsmarkt europaweit sehr viel deutlicher, als es in der Bundesrepublik der Fall ist.

Friedrich Merz: Die Zahl derer, die keine Arbeit finden, würde übrigens auch dann zurückgehen, wenn sich die Regierung komplett zum Dauerurlaub in die Toskana verabschiedet hätte.

EDMUND STOIBER:

24 Milliarden aus dem Verkauf für die Länder

Aus dem staatlichen Erlös des Verkaufs der Handy-Lizenz UMTS hat der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber einen Anteil von 24 Milliarden Mark für die Bundesländer gefordert.

Stoiber verwies in der „Bild am Sonntag“ darauf, dass die Mobilfunkunternehmen die hohen Ko-

sten für ihre Lizenzen mit jährlicher Abschreibung als Betriebsausgaben von der Steuer absetzen können, was zu Einnahmeausfällen auch für die Länder führe. Bei einem Veräußerungserlös von 120 Milliarden Mark für den Bund ergäben sich unter dem Strich Mindereinnahmen allein bei der Körperschaftsteuer von 48 Mil-

liarden Mark. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer stehen Bund und Länder aber jeweils zu Hälfte zu.

Das bedeute, dass die Länder insgesamt 24 Mrd. Mark Körperschaftsteuer verlieren würden, betonte Stoiber. Diesen Verlust müsse der Bund den Ländern ausgleichen.

Stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppen (Obleute)

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Anfang April die Stellvertretenden Vorsitzenden (Obleute) für die Arbeitsgruppen gewählt:

■ **Recht:** Ronald Pofalla ■ **Inneres:** Meinrad Belle ■ **Sport und Ehrenamt:** Peter Letzgas ■ **Wirtschaft und Technologie:** Bernd Protzner ■ **Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:** Albert Deß ■ **Verkehr, Bau- und Wohnungswesen – stellvertretender verkehrspolitischer Sprecher:** Georg Brunnhuber ■ **Angelegenheit Neue Länder:** Katharina Reiche ■ **Kultur und Medien:** Bernd Neumann ■ **Finanzen:** Heinz-Georg Seiffert ■ **Haushalt:** Steffen Kampeter ■ **Arbeit und Soziales:** Wolfgang Meckelburg ■ **Gesundheit:** Wolf Bauer ■ **Auswärtiges:** Andreas Schockenhoff ■ **Verteidigung:** Kurt Rossmannith ■ **Angelegenheiten der Europäischen Union:** Michael Stübgen ■ **Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:** Christian Ruck ■ **Bildung und Forschung:** Thomas Rachel ■ **Umwelt, Naturschutz und Reaktorsi-**

cherheit: Bernward Müller ■ **Familie, Senioren, Frauen und Jugend:** Ilse Falk ■ **Tourismus:** Anita Schäfer ■ **Stellvertretende Sprecherin Menschenrechte und humanitäre Hilfe:** Monika

Brudlewsky ■ **Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung:** Andreas Schmidt ■ **Petitionsausschuss:** Hubert Deitert ■ **Untersuchungsausschuss:** Andreas Schmidt

LANDESVERBAND BRAUNSCHWEIG

CDU trauert um Hans Edgar Jahn

Der Ehrenvorsitzende des CDU-Landesverbandes Braunschweig, Hans Edgar Jahn, ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Der in



Pommern geborene Politiker hatte noch am Bundesparteitag in Essen teilgenommen.

Nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft war Jahn 1947 in Nordfriesland zur CDU gestoßen. In den sechziger Jahren setzte er seine Karriere in Braunschweig fort – zunächst als Kreisvorsitzender, von 1970 bis 1977 als Vorsitzender des Landes-

verbandes Braunschweig.

Von 1965 bis 1980 gehörte er dem Bundestag an, von 1970 bis 1979 auch dem Europäischen

Parlament.

Der Vorsitzende der Niedersachsen-CDU, Christian Wulff, und der Braunschweiger Landesvorsitzende Heinrich-Wilhelm Ronsöhr erinnerten daran, dass Jahn ein enger Berater Konrad Adenauers war und sich auf allen politischen Ebenen stets als „engagierter Anwalt der Region Braunschweig profiliert“ habe.

GENERALSEKRETÄR RUPRECHT POLENZ:

Europa wartet auf Initiativen

Anlässlich des Europatages am 5. Mai erklärte Generalsekretär Ruprecht Polenz:

Wo ist Schröder? Von der Bundesregierung hört und sieht man keine inhaltlichen Impulse für die Europapolitik, weder für die Regierungskonferenz 2000 und den Aufbau einer europäischen militärischen Handlungsfähigkeit noch für die Beitrittsverhandlungen mit unseren östlichen Nachbarn. Wo die Bundesregierung jedoch handelt, begeht sie Fehler.

Der Beschluss, Österreich zu boykottieren, ist überzogen und kontraproduktiv. Der Beschluss, die Türkei als offiziellen Beitrittskandidaten anzuerkennen, war verfrüht und hat in der Türkei zu unrealistischen Hoffnungen auf einen als baldigen EU-Beitritt geführt.

Die Europäische Union muss dringend Lösungen für die anstehenden Herausforderungen finden. Die Schwäche des Euro ist die Schwäche der europäischen Regierungen. Die Bundesregierung darf nicht länger die Euro-Schwäche kleinreden

und muss im eigenen Land für die dringend notwendigen Reformen sorgen: die Steuerreform, die Reform der sozialen Sicherungssysteme und eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

Die Anstrengungen Europas bei der Entwicklung einer eigenen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik müssen forciert werden. Die für die Erweiterung der Europäischen Union notwendigen institutionellen Reformen dürfen nicht lediglich auf die drei Überbleibsel von Amsterdam beschränkt werden. Flexibilität ist der Schlüssel für die Konstruktion eines zukünftigen Europas. Die Bildung eines Kerns von Staaten, die mit der Integration weiter voranschreiten wollen und können, wird unerlässlich sein.

Es fehlen die weitreichenden deutsch-französischen Vorschläge, die in der Vergangenheit Europa immer wieder vorangetrieben haben. Die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Paris hat noch längst nicht wieder die Qualität erreicht, die bislang selbstverständlich war.

UID

PETER HINZE:

Das Erbe bewahren

Zum 50. Jahrestag des Schuman-Plans zur Europäischen Einigung am 9. Mai erklärte der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze:

Sowie Robert Schuman vor 50 Jahren politische Vision und politisches Handeln miteinander verknüpfte und die Grundlagen für die Europäische Integration legte, müssen die Staats- und Regierungschefs die laufende Reformkonferenz der EU zum großen Wurf für ein vereintes Europa über die Grenzen des Kalten Krieges hinaus nutzen.

Minimalprogramme und Verzögerung würden das Erbe Schumans und Adenauers leichtfertig verspielen.

Beim EU-Außenministertreffen auf den Azoren hat die Bundesregierung endlich die Forderungen der CDU/CSU-Fraktion nach Erweiterung der Tagesordnung um die Frage verstärkter Zusammenarbeit in der EU offensiv vertreten.

Widerstand gegen Gründungen auf der „grünen Wiese“ **fortsetzen**

Zur Standortproblematik von Factory-Outlet-Centern außerhalb von Stadtgebieten auf der „grünen Wiese“ erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz:

Factory-Outlet-Center (FOC) gehören so wie anderer Facheinzelhandel in Deutschland in die Innenstädte und in Stadtteilzentren. Dem Streben von Investoren dieser Handelsform zu Standorten auf der „grünen Wiese“ stelle ich mich entschieden entgegen.

Die Identität unserer Gesellschaft beruht auf einer funktionierenden Stadtkultur und auf ländlichen Räumen mit jeweils eigenem Charakter und eigener Funktion. Fortschritte im Verkehr, der Telekommunikation und im Internet haben bereits bisher einer Zersiedelung der Landschaft und Umweltproblemen Vorschub geleistet. Mit Staus auf den Autobahnen und mit Waldsterben scheinen sich manche abgefunden zu haben.

Unsere Innenstädte leiden schon jetzt an der Abwanderung von Einzelhandelsbe-

trieben und in der Folge an Verödung und sozialen Problemen: belastete Stadtquartiere mit hoher Arbeitslosigkeit, Alkohol- und Drogenproblemen und Zunahme von Kriminalität und Unsicherheitsgefühl. Dort entsteht schwerlich Zuversicht in ein hoffnungsvolles Leben in einer demokratischen Gesellschaft.

Als verantwortungsvoller Politiker sage ich: Wir müssen dem nicht tatenlos zusehen. Wir können unsere Zukunft und unseren Lebensraum auch langfristig so gestalten, dass wir die Chancen des Fortschritts nutzen und gleichzeitig das bewahren, was uns Identität gibt und das Besondere an unserer Kultur ausmacht.

Deshalb wende ich mich nicht gegen die Handelsform des FOC als solche. Solange FOCs an integrierten Innenstadtstandorten entstehen, sollen sie in den Wettbewerb mit anderen Formen des Einzelhandels treten. Sie dürfen aber nicht auf die „grüne Wiese“. Dort sind sie schädlich.

Der politische Wille zu einer nachhaltigen Siedlungs-

entwicklung hat in Europa und in Deutschland zu einer Vielzahl von Gesetzen und Programmen geführt. Das Raumordnungskonzept der Europäischen Union (EU-REK) zeichnet europaweit das Ideal von multifunktionalen lebhaften Zentren und einem möglichst wenig zersiedelten ländlichen Raum vor. Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hat die richtigen Weichenstellungen für eine langfristig tragfähige Raumordnung in Deutschland vorgenommen. Wir haben das Baurecht wiederholt reformiert.

Nach der Baunutzungsverordnung gelten FOCs als „großflächiger Einzelhandel“ und unterliegen den Vorschriften des kommunalen Planungsrechts. Seine Rechtsvorschriften sprechen eine klare Sprache: Wir wollen keine weitere Zersiedelung der Landschaft, nicht mehr Umweltzerstörung durch erhöhtes Verkehrsaufkommen. Wir wollen lebhaftere Innenstädte. Großflächiger Einzelhandel – auch FOCs – gehört in die Innenstädte und Stadtteilzentren von Mittel- und Oberzentren.

AUSSIEDLERBEAUFTRAGTE EVA-MARIA KORS:

Anerkannte Aussiedler sind keine Ausländer

Im Rahmen seiner jüngsten Stellungnahmen zu Integrationsdefiziten jugendlicher Spätaussiedler hat der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Jochen Welt, der CDU/CSU indirekt, aber bewusst Ausländerfeindlichkeit unterstellt und versucht, dies auch auf die Spätaussiedler zu übertragen.

Eva-Maria Kors, die Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Formulierung von Jochen Welt im Zusammenhang mit der Darstellung mangelnder Akzeptanz von

Spätaussiedlern in Deutschland, seit Jahren laufende Integrationsprogramme und Informationskampagnen würden durch die Postkartenaktion von Jürgen Rüttgers, „mit einem Schlag zu nichts“ gemacht, ist völlig haltlos!

Vergleichbare Kriterien

Diese Aussage ist der bisherige Höhepunkt der Vermischung von Aussiedler- und Ausländerpolitik durch die rot-grüne Bundesregierung.

Es ist durchaus richtig, dass es vergleichbare Kriterien für die Integration von Aussiedlern und Ausländern in Deutschland gibt. Aber die besonderen kulturellen und historischen Erfahrungen und Voraussetzungen der Spätaussiedler müssen dabei stets berücksichtigt werden.

Für die CDU/CSU sind die Spätaussiedler als Deutsche nach wie vor die Gruppe unter den Zuwanderern, der auch in Zukunft weiterhin unsere besondere Fürsorge gelten wird.

STUDIE JENAER PSYCHOLOGEN

Junge Aussiedler meist „voll integriert“

Junge Aussiedler passen sich nach einer Studie Jenaer Psychologen innerhalb weniger Jahre gut an die neuen Lebensverhältnisse in Deutschland an.

Danach treten Schwierigkeiten in der Schule und andere Anpassungsprobleme bei drei Vierteln der jungen Leute schon drei Jahre nach der Einreise nicht

mehr auf. Die psychosoziale Anpassung brauche natürlich „ein paar Monate Zeit“, sagte die Entwicklungspsychologin Eva Schmitt-Rodermund. Aber nach Anfangsschwierigkeiten seien die meisten jugendlichen Spätaussiedler gesellschaftlich „voll integriert.“ Die Wissenschaftler ermittelten dies in einer Studie mit 220 Einwanderern aus

Polen, Rumänien und der ehemaligen Sowjetunion, die sie viermal über zwei Jahre hinweg befragten. Die Ergebnisse widersprechen den Erkenntnissen des Hannoveraner Kriminologen Christian Pfeiffer, der bei jungen Aussiedlern mit zunehmender Aufenthaltsdauer ein wachsendes Frustrationspotenzial vermutet.

Antworten auf häufig gestellte Fragen zur Schwangerschaftsberatung

Information des Ministeriums für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales:

■ **In welcher Form fördert das MiFAGS die Einrichtung Donum Vitae?**

Nach der staatlichen Anerkennung als Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle wird die Beratungsstelle Donum Vitae wie die bis 31.3.2000 finanzierte Caritas-Beratungsstelle Homburg gefördert. Die Förderung der Donum Vitae-Beratungsstelle wird nach den Verwaltungsvorschriften zum SchKG (Schwangerschaftskonfliktgesetz) vorgenommen:

Demnach wird zu 80 Prozent eine halbe Beratungsfachkraft, ein Sachkostenanteil sowie eine Verwaltungskraft zu einem Viertel vom Land finanziert. Es handelt sich um einen Gesamtbetrag von jährlich ca. 55.000 DM. Falls von der Beratungsstelle künftig noch sexualpädagogische Präventionsmaßnahmen vor Ort an Schulen oder Jugendeinrichtungen durchgeführt werden (125 Jugendliche müssen jährlich erreicht werden), er-

hält Donum Vitae eine Aufstockung von 10 Prozent zu der Fördersumme von 55.000 DM.

■ **Ist die Finanzierung langfristig gesichert?**

Ja. Das Land ist zur Förderung von einer nach dem gesetzlich vorgegebenen Schlüssel bestimmten Anzahl von Beratungsstellen gesetzlich verpflichtet.

■ **Wie sieht das Beratungskonzept aus?**

Das von Donum Vitae vorliegende Beratungskonzept entspricht den gesetzlichen Vorgaben des Schwangerschaftskonfliktgesetzes (SchKG) §§ 5 und 6.

■ **Was besagen die §§ 5 und 6 des Schwangerenkonfliktgesetzes?**

Inhalt § 5: Die nach § 219 des Strafgesetzbuches notwendige Beratung soll ergebnisoffen geführt werden. Die Beratung soll ermutigen und Verständnis wecken, nicht belehren oder bevormunden, also somit von der Selbstverant-

wortung der Frau ausgehen. Die Beratung unterrichtet auf Wunsch der Schwangeren auch über Möglichkeiten, ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden.

§ 6 beschreibt die Art und Weise, wie die Beratung durchgeführt werden soll: schnellstmöglich, unentgeltlich und auf Wunsch anonym. Im Einvernehmen mit der schwangeren Frau können Fachkräfte wie Ärzte, Psychologen, Sozialpädagogen, Sozialarbeiter, Juristen sowie der Vater des Ungeborenen und die Familie hinzugezogen werden.

■ **Hat das Projekt Modellcharakter für die Bundesrepublik? Gibt es in anderen Bundesländern ähnliche Bestrebungen?**

Modellcharakter hat es insofern, als bundesweit im Saarland die erste Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle von Donum Vitae eröffnet wird. Da die bisherigen katholischen Beratungsstellen ihre Schwangerschaftskonfliktberatung bis zum Ende 2000 einstellen werden,

Modellversuch gestartet

plant *Donum Vitae* auch in anderen B-Ländern vergleichbare Einrichtungen.

■ Wie viele Beratungsstellen gibt es im Saarland?

Im Saarland sind ■ fünf katholische Beratungsstellen (3 SKF und 2 Caritas) ■ zwei evangelische Beratungsstellen ■ zwei Beratungsstellen der Pro Familia ■ eine Beratungsstelle der Arbeiterwohlfahrt ■ sechs Beratungsstellen der Gesundheitsämter sowie ■ ab Anfang Mai gibt es *Donum Vitae* in Homburg.

Der gesetzlich vorgeschriebene Schlüssel „Eine Beratungsstelle“ auf 40.000 EinwohnerInnen ist im Saarland mehr als erfüllt. 15 Beratungskräfte sind bei den Gesundheitsämtern angesiedelt, von den weiteren 20,3 Fachkräften bei den freien Trägern werden 13,74 Vollzeitkräfte vom Land gefördert.

■ Wie viele Beratungsstellen werden von *Donum Vitae* übernommen werden können?

Diese Frage kann von unserer Seite nicht beantwortet werden. Falls *Donum Vitae* die Anerkennungsvoraussetzungen erfüllt, wird das Land seinen Finanzierungsanteil

In Hessen als erstem deutschen Bundesland ist ab 2. Mai der Einsatz der elektronischen Fußfessel hauptsächlich bei zu einer Bewährungsstrafe verurteilten Straftätern möglich.

Bei dem Landgericht und dem Amtsgericht Frankfurt am Main kann von jetzt an von den Strafrichtern zum Beispiel im Rahmen von Bewährungsweisungen der Einsatz der Fußfessel angeordnet werden. Der hessische Justizminister Christean Wagner sagte dazu in Frankfurt: „Mit dem Einsatz der Fußfessel wird es möglich, besser zu überwachen, dass Straftäter ihren Auflagen nachkommen und damit auch die Gefahr geringer wird, dass es zum Widerruf von Bewährungsungen kommt.“

Wagner lehnt es weiterhin ab, die Überwachung durch die elektronische

Fußfessel als Ersatz für den normalen Strafvollzug anzuwenden. Denn der Strafzweck werde verfehlt, wenn der rechtskräftig verurteilte Täter in seiner „Wohnstube“ bei Bier und Fernsehen seine Strafe absitze.

Die elektronische Fußfessel als verbesserte Kontrolle in der Bewährungsaufsicht und auch als letzte Chance für auf Bewährung verurteilte Straftäter fördere gerade die Selbstdisziplin innerhalb einer Bewährungszeit und könne ein wichtiges Mittel zur erfolgreichen Resozialisierung des Gefangenen sein.

In dem auf zwei Jahre angelegten Modellversuch, bei dem maximal 30 Straftäter gleichzeitig überwacht werden können, soll geklärt werden, ob sich die elektronische Überwachung verurteilter Straftäter in der Praxis bewährt.

im gesetzlich gegebenen Rahmen in der gleichen Weise zur Verfügung stellen wie bei allen anderen anerkannten Beratungsstellen. Die Mittel dafür stehen zur Verfügung, da die bisherigen

kirchlichen Beratungsstellen die Anerkennungsvoraussetzungen nicht erfüllen.

e-mail:

m.stabel@
soziales.saarland.de



STEUERLAST

Eher größer

Es ist nicht aus der Luft gegriffen, dass die rot-grüne Koalition die verfassungsrechtlich notwendige Harmonisierung der Einkommensteuer auf Alterseinkünfte mit einer massiven Erhöhung der Mehrwertsteuer finanzieren will: Es spricht alles dafür, dass es so kommen wird. Allerdings: Dieses Vorhaben ist höchst problematisch. Die Koalition hat keinen Grund, sich zu rühmen, die Steuer- und Abgabenlast zum Nutzen der Bürger und Unternehmen zu reduzieren, denn man darf sich nicht von den Reformmaßnahmen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer blenden lassen. Zum Ende dieser Wahlperiode wird sich die vom Staat auferlegte Last nicht vermindert haben, sie wird eher größer geworden sein. *Handelsblatt*

Dementis

Haben wir richtig gehört? Steuererhöhung? Wird nicht

seit Tagen über Steuersenkungen geredet angesichts des unerwarteten Geldsegens, der dem Finanzminister aus den Privatisierungserlösen und Lizenzgeschäften zufließt? Das ist alles richtig. Und doch sollte man Spekulationen über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht gleich als Nonsense abtun – auch wenn vor wichtigen Landtagswahlen kein Politiker darüber laut nachdenken mag. Aber danach werden sie denken, und das hört sich dann wie folgt an: Im Herbst werden die Verfassungsrichter entscheiden, dass die Pensionäre gegenüber den Rentnern steuerlich benachteiligt sind. Zugleich ist es der Wille aller, die private Altersvorsorge steuerlich zu privilegieren. An einer nachgeordneten Rentenbesteuerung führt dann kein Weg vorbei, damag man Friedrich Merz vor Wochen noch so sehr gescholten haben. Das alles kostet den Staat Steuerausfälle von bis 40 Milliarden Mark. Greift Eichel doch auf die Sonder-einnahmen zurück, straft er sich Lügen. Also braucht er neue Quellen. Die Mehrwertsteuer bietet sich an. Eine

Steuer, die alle, Arme wie Reiche, gleichmäßig trifft, wird freilich von Sozialdemokraten üblicherweise als unsozial wenig geliebt. Aufruhr in der SPD deutet sich jetzt schon an. *Tagesspiegel*

BUNDESWEHR

Mogelpackung

Die Zahlen beeindrucken: Bis zu 1,5 Milliarden Mark jährlich will Scharping durch Rationalisierung freisetzen. Rund 500 Unternehmen sollen künftig Aufgaben erfüllen, die bislang von der Truppe allein durchgeführt wurden. Ob Militärtransporte durch Expeditionen oder Verlegung von Truppen durch private Fluggesellschaften (so wie die USA während des Golfkrieges) – die Möglichkeiten scheinen vielfältig.

Das so eingesparte Geld will Scharping umschichten und in die dringend notwendige Modernisierung der Streitkräfte stecken. Doch noch sind dies unsichere Wechsel auf die Zukunft. Denn das Geld hat Scharping noch nicht in seiner Tasche.

Gründungsjahr 1920

Zudem schnürt die Regierung eine Mogelpackung: „Outsourcing“ ändert nichts an der grundsätzlichen Geldknappheit der Bundeswehr. Scharping selbst hat vor einigen Wochen darauf hingewiesen, dass die Truppe einen Investitionsstau von rund 20 Milliarden Mark hat.

Die Welt

Vorsicht

An Schröders Aussage, Privatisierung und „outsourcing“ seien keine Patentrezepte, werden die Militärs den Bundeskanzler und seinen Verteidigungsminister in den nächsten Jahren vermutlich noch öfter erinnern. Denn die Absicht, die Bundeswehr stärker nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zur organisieren und Kosten durch ein „strategisches Bündnis“ mit der Wirtschaft einzusparen, ist zwar löblich. Sie ist aber auch – dieser Verdacht wird durch starke Indizien gestützt – das Ergebnis eines Denkens, das die Bundeswehr ganz und gar in den Kategorien einer „Friedensarmee“

konzipiert. Man sollte vorsichtig damit sein, jetzt schon betörende Zahlen als Einsparungspotential zu nennen. Sicherlich ist dieses und jenes billiger zu haben. Doch der Sinn einer Armee ist es nicht, zu funktionieren wie ein privatwirtschaftlicher Betrieb. Ihr Sinn und Zweck ist es, einsatzbereit zu sein sowie im Ernstfall unter schwersten Bedingungen bewegungs- und kampffähig zu bleiben.

Frankfurter Allgemeine

COMPUTER-VIRUS

Verletzlich

Schöne neue Internetwelt. Jobs, Wachstum, Wissen, das jederzeit abrufbar ist. Die eine Seite der Medaille. Die andere, hässliche Seite landete per E-Mail in Zehntausenden Computern auf der ganzen Welt. Ein Mini-Virus legte Verwaltungen und Firmen lahm, Weltkonzerne machten ihre elektronischen Briefkästen dicht. Diesmal verlief es glimpflich, der Schaden blieb überschaubar. Beim nächsten Mal kann es anders ausse-

hen – wenn ein Virus Militär-Computer, Flugsicherungen oder Rettungszentralen knackt. Schöne neue Internet-Welt. Sie hat uns reicher gemacht – aber auch verletzlicher. Bild

Bösartig

Die weltweite Computernetzung eröffnet ungeahnte Möglichkeiten. Fast in jedem Haushalt steht heute ein Rechner mit Internet-Zugang. Per Mausclick beim Weinhändler in der Toskana einzukaufen oder Eintrittskarten für ein Broadway-Musical direkt in New York zu bestellen, kommt immer mehr in Mode. Wie die Kehrseite der Medaille aussieht, hat uns erst vor einem Jahr der Virus „Melissa“ aufgezeigt. Innerhalb weniger Tage infizierte das Programm weltweit eine Million Computer und verursachte allein in den USA einen Riesenschaden. Sein Nachfolger, der bösartige Liebesbrief, dürfte noch um ein Vielfaches mehr anrichten.

Hannoversche
Allgemeine

KARL LAMERS:

Fünf Herausforderungen für die Europäische Union

Karl Lamers, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sprach am 2. Mai im Rahmen einer Vortragsveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel, von einer bevorstehenden Krise im Europäischen Integrationsprozess.

Die EU müsse für fünf aktuelle Problemfelder schnellstmöglich strategische Lösungen finden, damit sie ihre Aufgaben erfüllen und zukünftige Pläne umsetzen könne.

■ Die erste Herausforderung, vor der die EU gegenwärtig stünde, sei die anhaltende Schwäche des Euro. Ökonomische Erklärungsansätze reichten, so Lamers, angesichts der dramatischen Talfahrt der europäischen Gemeinschaftswährung nicht mehr aus. „Die Schwäche des Euro ist die Schwäche Europas.“ „Die Regierungschefs haben es bisher nicht gewagt“, so Lamers weiter, „ihren ehrgeizigen Projekten das entsprechende Instrumentarium entgegenzusetzen.“ Herr Lamers sieht die Einsetzung einer europäischen Wirtschaftsregierung, die für die Euro-Zone

verbindliche Beschlüsse fassen kann, als einzigen Weg aus der aktuellen Lage.

■ Die zweite große Herausforderung an die EU sei die konsequente Schaffung sowohl einer außenpolitischen als auch einer militärischen Identität. Die aktuellen Pläne der USA bezüglich des *R a k e t e n a b -* wehrschirms (National Missile Defence-NMD-), zeigten eine grundsätzlich andere Art, mit

außenpolitischen Problemen umzugehen, als dies die Europäer täten. „Europa muss seine Anstrengungen im Bereich einer eigenen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) intensivieren.“

■ Dritte Herausforderung an die EU und ihre Strukturen sei ihre zukünftige Erweiterung. Gegenwärtig mehrten sich die Stimmen, die die Erweiterung der EU – so wie sie geplant ist – für unrealistisch halten. „Wenn man von den Vorgaben der in Berlin verabschiedeten Agenda 2000 ausgeht, ist mit einer Erweiterung der EU erst im Jahr 2006 zu rechnen“, so Lamers wörtlich.

■ Die vor einer Erweiterung notwendige institutionelle Reform der EU, könne als vierte große Herausforderung gewertet werden. Karl Lamers hält die vor allem von den großen Mitgliedstaaten geforderte Beschränkung der Verhandlungen auf die drei sogenannten

„Leftovers“ von Amsterdam für nicht ausreichend, um eine Erweiterung der EU zu ermöglichen. In diesem Zusammen-

hang hält Lamers die Bildung eines Kerns von Staaten, die mit der Integration weiter voranschreiten wollen, für unerlässlich. „Wenn dies nicht innerhalb des EU-Vertrages möglich ist, dann wird es wahrscheinlich außerhalb des Vertrages geschehen.“

■ Die geschilderten Probleme seien auf das gegenwärtige Führungsvakuum innerhalb der EU zurückzuführen, das damit die fünfte Herausforderung für die EU darstelle. „Der deutsch-französische Motor läuft gegenwärtig zwar auf Hochtouren, doch befindet er sich leider nur im Leerlauf.“



AKTUELLE TERMINE

■ 19. Mai (15 Uhr)

Schule und Wirtschaft – Anforderungen im Medienzeitalter

Forum u.a. mit Mihajlo Kolakovic, Personalmanagement JENOPTIK, Ingeborg Weidhaas, IHK Gera

Christliches Gymnasium, Altenburger Straße 10, Jena

■ 20. Mai (14 - 19 Uhr)

Bürgerliche Jugendfeier – Wie feiern wir, wenn unsere Kinder erwachsen werden?

Forum u.a. mit Günther Nooke MdB und Prof. Dr. Franz Prüß, Erziehungswissenschaftler, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Pfarrhaus der Kirchengemeinde Zirchow, Hauptstraße 6, Zirchow

■ 22. Mai (18 Uhr)

Der EURO – eine erste Bilanz: innen stark, außen weich?

Kolloquium mit Dr. Werner Becker, Deutsche Bank Research, Frankfurt

Steigenberger Hotel, Salon Galeria, Heiligengeistbrücke 4, Hamburg

■ 22. Mai (10 - 18:30 Uhr)

Die Rolle der Bundeswehr im internationalen Krisenmanagement vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Kosovo

Podiumsdiskussion u.a. mit Paul Breuer MdB, Winfried Nachtwei MdB und Oberst Bernhard Gertz, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes e.V.

Wehrbereichskommando III (WBK III), Düsseldorf

■ 23. Mai (20 - 22 Uhr)

Jung gegen alt? Für einen neuen Gesellschaftsvertrag

Osnabrücker Gespräch mit Prof. Dr. Bernd Raffelhüschchen, Institut für Finanzwissenschaften, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Christian Wulff MdL, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag und stv. Vorsitzender der CDU Deutschlands

Hotel Remarque, Natruoper-Tor-Wall 1, Osnabrück

■ 23. Mai

Leitlinien einer Nachhaltigen Energiepolitik

Veranstaltung mit Dr. Gert Maichel, Vorstandsvorsitzender VEW AG und Kurt Grill MdB

Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35, Berlin

■ 25. Mai (19 Uhr)

Das Geschäft mit der Literatur: verändert der Geldwert die Bedeutung des Buches?

Forum u.a. mit den Schriftstellern Arno Surmins-

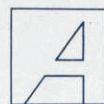
ki und Ulrich Schacht und Dr. Rainer Moritz, Verleger

Radisson SAS Hotel, Salon „Lübeck“, Marseiller Straße 2, Hamburg

■ 25. Mai (19:30 - 21 Uhr)

Die Währungsunion: Zäsur für Deutschland – Herausforderung für Arbeitsmärkte, Soziale Sicherheit und Finanzpolitik

mit Steffen Kampeter MdB und Dr. Hans Reckers,



Konrad-Adenauer-Stiftung

Präsident der Landeszentralbank in Hessen

Westfalenhof, Rudolf-Diesel-Straße 13, Rahden

■ 27. Mai (10:30-16:15 Uhr)

Neue Wege in der Drogenpolitik

Veranstaltung u.a. mit Anne Oppermann, Stv. Vorsitzende der CDU-Fraktion, Dr. Claudia Kuhnhenh, Leiterin des Gesundheitsamtes, Roland Fritsch, Leiter der Kriminalpolizei und Rolf Plauth, Beratungsstelle der Evangelischen Kirche Marburg.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Elke Tonscheidt, Pressesprecherin, Telefon: (030) 26996-222, Telefax: (030) 26996-261.

e-mail:

elke.tonscheidt@
vb.kas.de



Einkaufswagen-Chip

Bestell-Nr.: 9070

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 50,00 DM



Kugelschreiber

bunt sortiert in neuer Qualität

Bestell-Nr.: 9102

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 36,00 DM



*Die neue Flagge der CDU
CDU-Hissflagge
Blau mit rotem Schriftzug „CDU“
Hochformat: 2 m x 4 m
Bestell-Nr.: 0651
1 Expl.: 56,00 DM*

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Faltblatt
„Steuern senken für den Mittelstand“

Bestell-Nr.: 2664
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 13,00 DM

Broschüre „Neuanfang“

Bestell-Nr.: 5654
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 36,00 DM



Steuern senken
für den Mittelstand



Die bessere Alternative.

MIT **CDU**



CDU 2000

Neuanfang



BESTELL-ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de